

Unabhängiger Monitoringausschuss
zur Umsetzung der UN-Konvention über die
Rechte von Menschen mit Behinderungen
MonitoringAusschuss.at

Sitzung Regierungsgebäude

1010 Wien, Stubenring 1, 22.06.2009 09:00 bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Christina Meierschitz
Marianne Schulze
Silvia Weissenberg
Anthony Williams

VertreterIn aus dem Bereich der Menschenrechte:

entschuldigt

Vertreter aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Johannes Trimmel

VertreterIn aus der wissenschaftlichen Lehre:

entschuldigt

anwesende Ersatzmitglieder des Ausschusses:

VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Ruth Renée Kurz
Martin Ladstädter
Heinz Trompisch

Vertreter des BMG (TOP 5)

BMASK: Sabine Wagner

Wolfgang Iser

BSB: entschuldigt

Resümeeprotokoll

Tagesordnung lag vor.

TOP 1: Protokoll der Sitzung 27. Mai 2009

Es gibt keine Einwände gegen das Protokoll.

TOP 2: Vorbesprechung: Gespräch mit BM Unterricht & BM Gesundheit

Zum BMUKK kommen die Mitglieder überein, dass der Etappenplan des Bundes menschenrechtlich als Indikator zu werten ist.

TOP 3: Stellungnahme zur Kinderrechtskonvention:

Die Stellungnahme wird redigiert.

Das Büro berichtet von der Kontaktaufnahme mit Fr. Dr. Orthofer vom BMWFJ. Eine Übermittlung bis Anfang Juli sei kein Problem, die Übersetzung werde in einem erfolgen. Das BMWFJ behalte sich zu einzelnen Berichtsteilen nicht sinnverändernde Kürzungen vor. Zum Prozess der Übermittlung an das BMWFJ wird daher diskutiert, ob die Stellungnahme des MA Teil des Berichts oder aber Anhang mit der Auflage sein solle, dass jegliche Veränderungen ausgeschlossen seien.

Die Vorsitzende wird einen Begleitbrief erstellen unter besonderer Betonung der Unabhängigkeit des Ausschusses, unter nachdrücklichem Hinweis auf die Ausführungen (General Comments) des ExpertInnengremiums zur Kinderrechtskonvention und mit dem Ersuchen, die Übersetzung vor Weiterleitung noch einmal vorgelegt zu bekommen.

TOP 4: Gespräch mit BM Unterricht (10.00)

Dieser TOP entfällt, da kein/e VertreterIn des BMUKK erscheint. Das Büro wird für nächste Sitzung noch einmal einladen.

TOP 5: Gespräch mit BM Gesundheit (11.00)

Der Leiter der **Abteilung I/B/10, Rechtsangelegenheiten in der Kranken- und Unfallversicherung steht dem Ausschuss für Auskünfte zur Verfügung.**

Er berichtet vom Anerkennungsverfahren neuer Therapieformen und von der Rolle des Obersten Sanitätsrats, der Empfehlungen abgeben kann. Zwischen dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger und den örtlich zuständigen Ärztekammern gebe es Vereinbarungen zur Kostenübernahme. Er verweist in diesem Zusammenhang auf § 133 Abs. 2 ASVG und analoge Bestimmungen (wie bspw. § 63 B-KUVG), die besagen, dass die Krankenbehandlung ausreichend, zweckmäßig und das Maß des Notwendigen nicht überschreitend zu sein habe. Maßnahmen der sozialen (Re)Habilitation seien im Begriff der Krankenbehandlung nicht inkludiert, sondern fielen in die Zuständigkeit der Länder im Rahmen der Behindertenhilfe. Die Grenze sei jedoch fließend. Hier komme der Judikatur eine entscheidende Rolle zu. Problematisch dabei sei, dass einerseits Allgemeinaussagen aufgrund von Einzelfallentscheidungen nur eingeschränkt möglich seien und andererseits die zeitliche Komponente erschwerend hinzu komme (auch wenn Bund oder Länder teilweise im Rahmen von good will vorweg die Kosten bis zur rechtlichen Klärung übernehmen).

Art. 12 des Pakts für wirtschaftliche und soziale Rechte („Gesundheitsversorgung als Menschenrecht“) sei derzeit kein herausragender Topos der Ressortpolitik, dementsprechend sei auch die neue Konvention noch kein Thema.

TOP 6: Einzelfälle

Das Büro wird das Schreiben an den Beschwerdeführer von Fall 1 abfertigen, sobald die noch fertig zu stellende allgemeine Stellungnahme zur BT vorliegt.

Zum Fall 2 wird das Büro für die nächste Sitzung die BVA laden, zum vorliegenden Schreiben näher Stellung zu nehmen.

Eine Beweislastregelung im Zusammenhang mit nicht anerkannten Therapiemethoden sowie eine monetäre Ersatzleistung für nicht natural gewährte Maßnahmen werden diskutiert.

Frau Meierschitz wird eine Stellungnahme zu den rechtlichen Lücken zwischen Krankenversicherungs- und Sozialhilferecht entwerfen.

Die Vorsitzende wird den Entwurf einer Stellungnahme zur Auslagerung von Leistungen an private Rechtsträger und Umwandlung von Leistungsansprüchen in privatwirtschaftlich vergebene Förderungen erstellen.

Zu den Fällen 3 und 4 werden noch Unterlagen nachfolgen.

TOP 7: Stellungnahmen/Anfragen

a. Nationale Menschenrechtsinstitution (Übermittlung an BM)

Das Büro berichtet, dass das Dokument an den HBM übermittelt wurde.

b. Budgetbegleitgesetz

Die Vorsitzende wird noch ein Begleitschreiben entwerfen.

c. Wissenschaftsministerium iS Forschungsförderung

Das Büro wird die Anfrage übermitteln mit der Aufforderung, schriftlich zu antworten und/oder bei der nächsten Sitzung mündlich Stellung zu nehmen.

d. "Prävention" / Gesundheit

Ein Entwurf der Vorsitzenden für eine Stellungnahme wird folgen.

e. Persönliche Assistenz / Regierungsübereinkommen

Das Büro berichtet, dass seitens des Ressorts eine Art. 15a B-VG-Vereinbarung angedacht sei.

f. Barrierefreiheit der ÖH Wahl

Das Büro wird die Anfrage übermitteln mit der Aufforderung, jedenfalls schriftlich zu antworten und allenfalls bei der nächsten Sitzung mündlich Stellung zu nehmen.

g. Beschäftigungstherapie

Ggst. TOP wird vertagt.

TOP 8: Allfälliges

a. Begleitbrief Budgetbegleitgesetz

Die Vorsitzende wird einen solchen samt Verteilerliste erstellen, das Büro dann die Stellungnahme weiterleiten.

b. Öffentliche Sitzung des MA

Die Vorsitzende berichtet, dass der geplante Ort wegen einer Parallelveranstaltung in Frage stehe.

c. Termin Sitzung im Juli und August/September

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am **21.07.09 09:00** Uhr (ca. 4 Stunden; Achtung: geänderte Uhrzeit!) im **Saal IV** im Regierungsgebäude am Stubenring, 1. Stock statt. Eine Sitzungspause im August wird diskutiert. Der übernächste Termin soll beim nächsten Termin vereinbart werden.

Marianne Schulze
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg
(Schriftführerin)